



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-
Pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62

55118 Mainz

Telefon: 06131/67 63 38

Internet: www.rlp-brh.de

E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 7

Oktober 2017

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017

Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

das Ergebnis der Bundestagswahlen dürfte Ihnen allen bekannt sein. Nachdem bereits wieder einige Wochen vergangen sind, hat sich noch nichts Weltbewegendes in der großen Politik getan. Koalitionsgespräche sind scheinbar noch in weiter Ferne. Fest steht jedoch, dass die „Schlafwagenpolitik“, die Frau Merkel im Bundestagswahlkampf vertrat, nicht so weitergehen wird. Dafür werden schon die kleinen Koalitionsparteien sorgen. Mit dem Wahlergebnis vom 24. September 2017 wurde auch die letzte Phase der Kanzlerin Merkel eingeläutet. Dafür ist die Klatsche, die ihr die Wähler verpasst haben zu groß. Mit 32,6 Prozent der Wählerstimmen und einem Verlust von 8,6 Prozent der Stimmen hat die Union eine krachende Niederlage erlitten.

Das Ausmaß dieser Niederlage lässt sich am besten an der Wählerwanderung erklären. Bei der Zunahme der Wahlbeteiligung um ca. 5 Prozent haben die Christsozialen nur 380.000 Stimmen von den Nichtwählern bekommen und 20.000 Stimmen von der SPD. Die Stimmverluste sehen aber ganz anders aus. An die Freien Demokraten hat die CDU/CSU 1.360.000 Wähler und an die AfD 980.000 Wähler verloren. Dazu kommen noch die Stimmverluste an die Linken, die Grünen und andere Parteien in Höhe etwa 200.000 Stimmen.

Ein Kommentator sprach von einer gründlichen Entzauberung der Kanzlerin Merkel und davon, dass die Union keine Antwort auf die sozialen Fragen hatte, die die Wähler in Richtung FDP und AfD getrieben habe. Keine Lösungen zu den Fragen der Arm-Reich-Konstellation, zu sterbenden Dörfern, zu Klein- und Kleinstrenten, zu prekären Arbeitsverhältnissen. Es gibt auch keine Antwort auf die drängenden Fragen der Flüchtlings- und Migrationsprobleme, die die AfD stark gemacht haben. Der Höhepunkt war ihre Aussage nach der Wahl, dass sie nicht wüsste, was man hätte besser machen können. Sie hat sich zwar praktisch schon lange von ihrer humanitären Flüchtlingspolitik verabschiedet, indem mit Milliardenzahlungen an die Türkei der Weg für die Flüchtlinge über die Ägäis längst versperrt ist.

Aber in ihrer Rhetorik ist sie immer noch am Ende des Jahres 2015, was durch ihre Aussage belegt wird, „sie entschuldige sich nicht dafür, dass Deutschland ein freundliches Gesicht zeige“.

Interessant ist auch, was die Seniorenzeitschrift „Aktiv im Ruhestand“ über das Wahlverhalten der Senioren berichtet. Ohne die rege Wahlbeteiligung der Seniorinnen und Senioren wären die Ergebnisse der großen Parteien noch miserabler ausgefallen.

Verglichen mit der Bundestagswahl 2013 stieg die Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent auf 76 Prozent an. Bewarben sich bei der Bundestagswahl 2017 doch insgesamt 42 Parteien

und Gruppierungen. Zieht man deren verlorene Wählerstimmen und die Stimmen von anderen, nicht stimmberechtigter Personen ab, so wird der Deutsche Bundestag nur von 59.5 Prozent aller Wahlberechtigten repräsentiert.

Die Wählergruppe der Senioren hatte schon immer einen überproportional hohen Anteil an der Wahlbeteiligung. An der Bundestagswahl 2013 waren die Senioren mit einem Stimmenanteil von über 76 Prozent beteiligt. Auch bei der Wahl 2017 dürfte der Anteil entsprechend hoch sein. Bei dieser Wahl stellten die Senioren einen Anteil von 36,1 Prozent und waren zum ersten Mal die größte Wählergruppe. Damit haben wir den Ausgang der Wahl so stark beteiligt, wie nie zuvor.

Ihre besten Ergebnisse erzielte die Union bei allen ab 60-jährigen Wählern, nämlich 41 Prozent. Bei den ab 60-jährigen Frauen erzielte die Union einen Stimmenanteil von 47 Prozent. Die „Alten“ sind für den Wahlerfolg der AfD nur bedingt verantwortlich. Der Stimmenanteil liegt vermutlich unter 10 Prozent. Das bedeutet, dass die zu erwartende „Jamaika-Koalition“ auch eine besondere Aufgabe bei der Seniorenpolitik hat. Was haben wir Pensionärinnen und Pensionäre, Rentnerinnen und Rentner aus dem öffentlichen Dienst zu erwarten. Wie immer auch die Koalitionsbildung ausgeht, eine Bürgerversicherung wird in der nächsten Legislaturperiode nicht kommen. Zu deutlich hat sich vor allem die FDP aber auch die CDU/CSU für die Beibehaltung des dualen Systems der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung ausgesprochen. Es wird auch noch viel Wasser den Rhein hinunterlaufen, bevor die Alterssicherungssysteme geändert werden können.

Hier noch eine Anmerkung zur Namensgebung der Koalition. Ich weiß nicht wer diesen blödsinnigen Namen erfunden hat. Weil die Flagge eines kleinen Karibikstaates die Farben schwarz-gelb-grün führt, hat man der Koalition diesen idiotischen Namen „Jamaika-Koalition“ gegeben. statt die handelnden Parteien zu benennen. Für weitere mögliche Koalitionen habe ich nun die Namen schon ausgesucht. Die „Malawi-Koalition“ für rot-gelb-grün und die „Äthiopien-Koalition“, wenn sich die AfD (blau)- rot-gelb und grün beteiligen sollten.

Auch die im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der AfD, haben in der ersten Oktoberwoche ihr Fett wegbekommen. Das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes 2017/2018 ist veröffentlicht worden. Es dokumentiert 100 gravierende Fälle von verschwenderischem Umgang mit Steuergeldern im Bund und den Ländern. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt auf dem E-Government, aber auch unsinnige Fehlplanungen, extreme Kostensteigerungen und chaotisches Controlling sind hier aufgezählt.

Unser Bundesland Rheinland-Pfalz ist mit fünf Fällen beteiligt:

- die Diätenerhöhung der Abgeordneten,
- der weiterhin teure Flughafen Hahn,
- das Finanzchaos am Trierer Theater,
- das Tauberbergbad in Mainz und
- die verlustreichen Energieprojekte in Waldfishbach Burgalben.

Über die Diätenerhöhung der Abgeordneten hatte ich bereits in den BRH-Nachrichten im Mai mit einem entsprechenden Kommentar berichtet. Auf die anderen Fälle, wie z.B. das Finanzchaos am Theater Trier, werde ich in den nächsten Rundschreiben eingehen.

Wenn Abgeordnete einen Diätenplan haben, kann das teuer werden. So lautet die Überschrift für den ersten Verschwendungspunkt. Nicht nur für den Steuerzahlerbund ist die Diätenerhöhung für die Abgeordneten schwer verdaulich. Trotz massiver Kritik von vielen Seiten, so auch vom Deutschen Beamtenbund und seinen Mitgliedsgewerkschaften, hielten die Politiker an der umfangreichen Selbstbeschenkung fest. So werden die monatli-

chen Diäten von 2016 bis 2020 um insgesamt 1.000 Euro auf 6.828 Euro erhöht. Das ist ein ungewöhnlicher großer Zugewinn von fast 18 %. Derselbe Landtag, der den Beamten in der Zeit von 2012 bis 2016 eine jährliche Erhöhung von einem Prozent verordnet hatte, hat sich nun einen satten Zuschlag beschert. Die zynische Bemerkung des damaligen SPD-Finanzministers, damit bekämen die Beamten und Pensionäre Planungssicherheit, ist mir heute noch in den Ohren.

Das Motiv der Erhöhung ist die Angleichung der Abgeordnetendiäten an die Besoldung der hauptamtlichen Bürgermeister in Kommunen von 10 000 bis 15 000 Einwohnern. Doch deren Besoldungsgruppe A 16 ist nicht das Endziel der Erhöhung.

Ab dem Jahr 2020 soll es ein neues Verfahren für die Diäten geben, das sich an den Verdiensten der Privatwirtschaft orientiert, was wohl wesentlich günstiger erscheint, als die Orientierung an der Beamtenbesoldung. Während die Forderung des Deutschen Beamtenbund auf Erhöhung von 6 % auf magere 2,0 bzw. 2,3 % heruntergehandelt wurde, haben sich die Abgeordneten gut bedient.

Der Bund der Steuerzahler stellt zu diesem Verschwendungspunkt von Steuergeldern fest, dass eine Diätenerhöhung der rheinland-pfälzischen Abgeordneten berechtigt gewesen wäre. Der vom Landtag beschlossene Diätenplan sprengt jedoch jedes vertretbare Maß und sorgt damit berechtigter Weise für viel Verdruss unter den Bürgern.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr



Landesvorsitzender